



Inhalt

- 1/2 Selbst aktiv werden
- 3 Bürgerforum gegen Rotstift
- 4 Asbest BAUHAUS Gelände
- 5 Degussa stinkt weiter
- 6 Solikreis Chemieopfer
- 7 KIBIZ
- 8/9 Stadtwerke
- 10/11 Soziale Liste BO / Hartz IV
- 12 AUFhorchen!

November 2007

Ausgabe 4/2007

Zeitung des überparteilichen Personenwahlbündnisses **AUF Witten**

Selbst aktiv werden - wie geht das und was bringt das?

von Romeo Frey, Sprecher im Vorstand von *AUF Witten*

Liebe Leserin, lieber Leser,

es ist leider Tatsache: die herrschende Politik **beherrscht** das Volk anstatt ihm zu **dienen**. Das Wittener Rathaus macht da keine Ausnahme trotz "*Bürgerbeteiligung*" und "*Bürgerfreundlichkeit*". Die vielen Enttäuschungen aktiver Wittener, die sich für den Erhalt von Schulen, des Stadtbades, von Jugendhäusern, Sportplätzen und gegen bürgerfeindliche Bauvorhaben eingesetzt haben, beweisen: **das hat System!** Kern dieser Politik ist die Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben. Die Zeit ist reif, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen!



Enttäuschungen...

"Die Oberen machen, was sie wollen". So bringen viele von der Politik Enttäuschte ihre Erfahrung auf den Punkt.

Doch gilt das auch wenn wir uns einmischen, wenn wir Politik selbst anfangen? **Dann sieht es anders aus!**

AUF Witten zieht aus den gewiss leidvollen Erfahrungen eben **diese Konsequenz**. Es ist gut, dass schon so viele Menschen misstrauisch geworden sind gegenüber denen, die angeblich ihr Bestes wollen. **Das macht den Weg frei für die alternative Politik von unten. Das geht!**

... in Kraft verwandeln

Niemand kann sich auf Dauer mit Missständen und Rechtlosigkeit abfinden. Schon gar nicht im Hinblick auf nachfolgende Generationen.

In dieser Ausgabe von *Witten im AUFbruch* kommen Menschen zu Wort, die sich beharrlich und im Vertrauen auf die eigene Kraft selbst um

ihre Lebensinteressen kümmern. Die ihr Schicksal nicht irgendwelchen Parteivertretern überlassen, sondern selbst bestimmen wollen.



Transparent der Montagsdemo Hattingen

Dazu braucht man Organisation, Durchhaltevermögen, Zusammenhalt, Optimismus und Freude – all das bietet AUF Witten. Wir verstehen uns als Teil einer bundesweiten Bewegung, die davon überzeugt ist, dass sich die Probleme vor Ort am besten **überparteilich** lösen lassen.

Um die Rahmenbedingungen der Kommunalpolitik zu verbessern, z.B. durch Neuordnung der kommunalen Finanzen, brauchen wir mehr **alternative Bündnisse** in Deutschland, die sich zu einem **alternativen Städte-tag** zusammenschließen.

In Witten muss es **starke Bürgerinitiativen** geben, als ihr Sprachrohr braucht *AUF Witten* **Fraktionsstärke im Rat** mit Antragsrecht und besseren Kontrollmöglichkeiten.

Stärken Sie AUF Witten!

Für eine alternative Kommunalpolitik

Interview mit Ratsmitglied Achim Czulwick (AUF Witten)

In Witten hat sich an verschiedenen Fragen ein Widerstand gegen die herrschende kommunale Politik herausgebildet, und zwar in so vielen Bereichen, dass man bei einer Aufzählung Gefahr läuft, die eine oder andere Initiative zu vergessen. Das unterstreicht eindrucksvoll, wie richtig unser Motto ist: "Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern." Wir befragten Achim Czulwick, wie er sich in diesen bewegten Zeiten positioniert.

Neue Politiker...

? Wir stellen die Frage, ob "Selbst aktiv werden" was bringt?

Achim Czulwick: Die Frage beantwortet sich schon zum Teil durch die vielen Initiativen an der Basis. **Immer mehr Menschen spüren und erfahren, dass das was sie als Politik erleben, sich gegen sie richtet.**

Die Frage, was soll eigentlich aus der Zukunft werden, treibt die Leute um. Wann werden die Nebenkosten höher sein als die Mieten, warum werden durch die Schulpolitik weiterhin unterschiedliche Bildungschancen gefördert, warum sollen Schulen schließen, wo doch die Klassen zu groß sind, wo bleiben radikale Auflagen gegen die weitere Umweltzerstörung?

Es gibt noch viel mehr Fragen und mit diesen Fragen beginnt auch die Suche nach der Politik, die das verändert, in dem sie den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die Politik, alles der Rendite unterzuordnen, führt wie wir sehen in die Katastrophe.

? Wie kommt es zu dieser neuen Politik?

Achim Czulwick: Bevor man in den Kampf zieht, muss man sich über die Gegebenheiten völlig im Klaren sein. Deshalb sehe ich es als **eine meiner wichtigsten Aufgaben an, immer wieder deutlich zu machen, dass nicht die leeren Kassen verantwortlich sind für die unsozialen Maßnahmen** wie den Abriss des Stadtbades, die Schließung von Jugendhäusern und Sportplätzen oder den Abbau von Arbeitsplätzen in der Stadtverwaltung und damit einhergehend auch die Vernichtung von Ausbildungsplätzen für unsere Jugend – von der katastrophalen Schulpolitik ganz zu schweigen.

? Woher kommen dann die "leeren" Kassen?

Achim Czulwick: Die Finanzlage der Stadt ist nicht das Ergebnis, dass soziale, bildungspolitische, kulturelle und sportliche Bedürfnisse der hier lebenden Menschen über Gebühr finanziert worden wären. Was in der kommunalen Kasse fehlt, wurde über Steuererleichterungen für Großunternehmen in deren Kassen eingezahlt.

Die enorme Verschuldung bedeutet aber nicht, dass die Kassen "leer" sind.

? Und das heißt?

Achim Czulwick: Dass Geld vorhanden ist, denn es wird ja Geld ausgegeben. Ich will hier gar nicht auf das weite Feld zu sprechen kommen, was Militäreinsätze in aller Welt uns kosten.

Auch in Witten gibt es unzählige Beispiele. Zwar hat der Rat die Beteiligung an einem Kohlekraftwerk abgelehnt, was ein wichtiger Erfolg ist.

Doch es waren immerhin 29 Ratsmitglieder und die Verwaltung dafür, dass dem Energiekonzern RWE Geld zur Verfügung gestellt werden sollte. Damit wäre auf die nächsten 40 Jahre die Umwelt mit noch mehr CO₂ vergiftet worden und zudem die Energieabhängigkeit zu Höchstpreisen zementiert worden.

Nicht die "leeren" Kassen entscheiden, wofür das Geld ausgegeben wird, sondern es ist und bleibt das Ergebnis von politischen Entscheidungen, die Lobby-Interessen folgen.

...braucht das Land

? Was folgt daraus?

Achim Czulwick: Dass wir eine **alternative Kommunalpolitik brauchen.** Diese wird nur erfolgreich sein können, wenn sie mit den Menschen verwirklicht wird. Es geht, wenn man



so will, um direkte demokratische Prozesse. Also keine Stellvertreterpolitik, wie sie derzeit üblich ist und erzwungen wird.

? Gute Idee, wie geht das praktisch?

Achim Czulwick: Hier tut sich einiges. Alternative Kommunalpolitik definiert sich immer als praktische Politik. Das zeigt sich in den Forderungen, darin, die Leute zu organisieren, mit ihnen zu lernen, wieder zu kämpfen.

In diesem Sinne verstehe ich mich als Sprachrohr im Stadtrat. Angesichts der gesetzlichen Rahmenbedingungen kann es positive Veränderungen auf den Gebieten der Sozial-, Schul- oder Kulturpolitik ebenso wie im Umweltbereich **nur in Verbindung mit einem realen Widerstand gegen die Fortsetzung der Umverteilungspolitik** geben.

Die alternative Kommunalpolitik ist dann eine Äußerung der unmittelbaren und die Gemeinschaft betreffenden Lebensinteressen, was Politik im eigentlichen Wortsinne auch sein soll.

In der alternativen Kommunalpolitik geht es also um mehr als um das Recht auf Bürgerentscheide.

? Gibst Du uns einen Ausblick?

Das würde natürlich um so besser gehen, wenn **AUF Witten mit der nächsten Wahl zur Fraktion würde.** Damit würde der Wähler auch gleichzeitig die Absicht vereiteln, alternative politische Kräfte durch die neue Kommunalordnung auszugrenzen.

Verschuldung politisch gewollt

von Dirk Adamczak – Mitarbeiter im Ratsteam von AUF Witten

Am 21. September besuchte ich das Bürgerforum von AUF Witten **"Dem Rotstift die Rote Karte!"** Ratsmitglied Achim Czyliwick widerlegte als erstes die Behauptung, die öffentlichen Kassen seien leer: **"Mit diesem Argument sollen die Menschen in die Irre geführt werden. Die Kassen sind nicht leer, das sieht man an den Millionenumsätzen der Stadt. Entscheidend ist der politische Wille, wofür das Geld eingesetzt wird!"**

Schuldenfalle

Witten hat enorme Schulden, über 300 Mio. Euro! Schuld ist aber nicht der kleine Verwaltungsbeamte, Angestellte oder Arbeiter.

Achim Czyliwick: *"Obwohl in den letzten Jahren hunderte Arbeitsplätze in der Stadtverwaltung abgebaut wurden, stieg die Verschuldung immer weiter an. An den Personalkosten liegt es also nicht!"*

Dagegen haben Misswirtschaft und Verschwendung zum riesigen Schuldenberg beigetragen, wie bei der Europaakademie Hohenstein oder Celestianbau.

Hauptursachen sind nach Achim Czyliwick aber folgende Bereiche:

- Bund und Länder bürgen den Kommunen immer mehr Kosten auf.
- Das Steueraufkommen der Kommunen sinkt beständig, Unternehmen erhalten immer mehr Vergünstigungen.
- Die "Wirtschaftsförderung", z.B. durch Bürgschaften in Millionenhöhe, wie beim zahnmedizinischen Institut (ZBZ).

Die Verschuldung ist also politisch gewollt.



Wittens Tafelsilber

Die Verschuldung wird dazu benutzt, die **Privatisierung** voranzubringen. Als **"Ausweg"** soll das **"Tafelsilber"** der Stadt an private Investoren verschleudert werden. Doch diese interessiert nur ihr Profit.

Negativbeispiel Düsseldorf: Der Verkauf städtischen Eigentums brachte mit 1,5 Mrd. Euro die **"Entschuldung"** – bestehende Kassenkredite laufen aber weiter. Mit dem Unterschied, dass die Stadt jetzt aus eigenem Vermögen keine Einnahmen mehr erzielen kann und die bisherigen städtischen Leistungen **drastisch teurer werden.**

Auch in Witten gibt es ähnliche Bestrebungen wie z.B. die Privatisierung der Stadtwerke. Das wird von Bund und Land sogar politisch gefördert und vorangebracht. Ab 2008 gilt das **"Neue Kommunale Finanzmanagement"**, wonach Straßen, Gebäude und das gesamte städtische Eigentum wertmäßig erfasst werden.

Werden Investoren dann Straßenlaternen anmieten, um die Beleuchtung privat zu verkaufen? Das Bezahlfernsehen macht vor, wie so etwas gemacht wird.

Alternativer Haushalt

In der lebhaften Diskussion wurde die Notwendigkeit eines "alternativen Haushalts" deutlich. Für die Zeit bis zur nächsten Kommunalwahl wird AUF Witten sich verstärkt um folgende Punkte kümmern:

• Zinsmoratorium fordern

Nur die Banken verdienen an der Verschuldung der Stadt. In Witten sind es rund 8 Mio. Euro Zinsen und Tilgung, die für wichtige Investitionen Jahr für Jahr verloren gehen.

Ein Zinsmoratorium, d.h. Aussetzung der Zinszahlungen, wird bereits in über 30 Städten bundesweit gefordert.



Die Forderung nach einem Zinsmoratorium ist ein Bruch mit der herrschenden Denkweise, aber nicht unmöglich. Die Volksbank Bochum-Witten eG veröffentlichte in einem Werbeschreiben ungewollt das passende Zitat von Albert Einstein:

"Eine wirklich gute Idee erkennt man daran, dass ihre Verwirklichung von vorne herein ausgeschlossen erscheint."

• Transparenz

Die bisherige Methode interfraktioneller Absprachen schließt die Öffentlichkeit aus und verletzt Bürgerinteressen. AUF Witten fehlten vor allem zum Sparkonzept rechtzeitig wichtige Informationen. Abstimmungen im Rat waren so oft nur noch eine Formalie.

• Arbeitsgruppe Haushalt

Um ein in sich stimmiges Programm für einen alternativen Haushalt zu erarbeiten, wird eine **"AG Haushalt"** eingerichtet. Spontan fand sich ein bisher nicht in AUF Witten aktiver Besucher zur Mitarbeit bereit. Jeder, der von den Interessen der Wittener ausgehen möchte und nach einer Alternative zur Rotstiftpolitik sucht, ist hier herzlich zur Mitarbeit eingeladen!

Ausblick

Nach wie vor fordern wir ein Rede-recht für die Bürger im Rat. Das wurde von AUF Witten schon beantragt, jedoch fast einstimmig abgelehnt.

Wenn wir beharrlich daran weiterarbeiten, **die Ratsarbeit mit dem Widerstand auf der Straße zu verbinden, ist das Rederecht im Stadtrat für Bürgerinitiativen auf Dauer von der Ratsmehrheit nicht mehr zu verhindern.**

Asbest überschattet BAUHAUS-Eröffnung

Die für Dezember geplante Eröffnung der neuen BAUHAUS Filiale in der ehemaligen Siemens-Halle verzögert sich. Endlich wird die Gefährdung durch Asbest ernst genommen und mit Sicherheitsschleuse saniert. In der Lokalpresse konnte man entweder gar nichts über den Vorfall lesen oder eine Geschichte darüber, dass man plötzlich "Reste von Asbest" gefunden habe.

Asbestgefahr seit Jahren bekannt

Schon zu Zeiten, als die Halle noch Siemens gehörte, wurden die kompletten Fensterfronten wegen Asbest versiegelt. Von innen sind die Fenster in kurzen Abständen mit Warn-Aufklebern markiert. Den Mitarbeitern wurde damals sogar verboten, jemals wieder einen Nagel in die Wände zu schlagen. Diese Maßnahmen wurden unter Aufsicht der zuständigen Behörden durchgeführt, die auch immer noch die entsprechenden Akten besitzen müssten.

Gesundheitsschutz Fehlanzeige

Als nun die Thelen Immobilien GmbH, der neue Eigentümer, mit den Bauarbeiten begann, schlugen viele Kolleginnen und Kollegen der Wittronic (früher Siemens) die Hände über dem Kopf zusammen.

Da wurden billige Arbeitskräfte eingesetzt, die sich kaum verständigen konnten. Es gab Ferienjobs für Schüler, die man ohne Schutzbrille mit der Flex arbeiten ließ. Es gehörte zum Alltag, dass Jugendliche mit voll beladener

Schubkarre über selbstgebaute Rampen aus zerbrochenen Türen Schutt in Container hievt – der ein oder andere hatte schon am nächsten Tag einen Verband.

Asbestrisiko bewusst ignoriert

Die Höhe ist aber, dass die Bauarbeiter trotz besseren Wissens auf die Asbesthaltigen Bauteile losgelassen wurden. Erst nach mehrfachen Hinweisen aus der Belegschaft wurden die Behörden tätig und kontrollierten die Baustelle. Mittlerweile ist eine Spezialfirma mit der Sanierung betraut.

Verursacher müssen haften

AUF Witten fordert in seinen Umweltpositionen:

"Wir fordern eine Beweislastumkehr in Umweltfragen und die Durchsetzung des Verursacherprinzips: Wer die Umwelt schädigt, muss auch die Restaurierung der Schäden bezahlen. Besonders die Industrie muss nachweisen, dass sie keine Schadstoffe in die Umwelt abgibt, bzw. die Grenzwerte einhält."



Stichwort Asbest

Asbest wurde in den sechziger und siebziger Jahren als Wärmedämmung eingesetzt. Durch Abnutzung gelangen feinste Asbestfasern in die Luft und damit in die Lunge. Hier setzen sie sich fest und rufen chronische Entzündungen hervor, die zu Krebs führen können. Dieser bricht im Durchschnitt aber erst 35 Jahre später aus.

Rund 200.000 Menschen sterben nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation jährlich an Krebs, weil sie am Arbeitsplatz gesundheitsschädlichen Substanzen ausgesetzt sind. Chemische Belastungen während der Arbeit seien für den Tod jedes zehnten Lungenkrebskranken verantwortlich. So sterben jährlich 90.000 Menschen durch das Einatmen von Asbest.

Seit 1995 sind Herstellung, Verwendung und Vermarktung von Asbest in Deutschland verboten. Seit 2002 ist in der Europäischen Union jegliche Tätigkeit verboten, die Beschäftigte in Kontakt mit Asbest bringt. Erlaubt ist nur noch dessen Beseitigung.

Demnach wäre Siemens, als ursprünglicher Besitzer des Geländes in der Pflicht, bei Verkauf ein sauberes Gelände zu übergeben und die Sanierung zu bezahlen.

Die Arbeitskräfte, die grob fahrlässig in den ungeschützten Asbest-Kontakt geschickt wurden, fordern wir auf, sich (mit Hilfe von AUF Witten) zu wehren, damit gegen die verschiedenen Verantwortlichen ermittelt werden kann und eventuelle erst in Jahren auftretende Regressansprüche nicht verfallen.

Die Gesundheit von Menschen ist kein Spekulationsobjekt!



Die ehemalige Siemens-Halle – jetzt mit Asbest-Schleuse

Das stinkt doch zum Himmel...

Unter diesem Titel brachte **Radio en** am 8.10. mehrere Sendungen, darunter auch Interviews mit zwei Mitgliedern der Bürgerinitiative „Koordination wegen Sasol/Degussa-Gefahren“. *Witten im AUFbruch* befragte telefonisch Herrn Lothar Grimm, einen der Interviewten.

Vorwürfe nicht haltbar?

? *"Der Leiter der Degussa hält die Vorwürfe der Initiative für nicht haltbar, hinsichtlich der Geruchsminde- rung habe sich nachweislich etwas getan und Grenzwerte würden eben auch eingehalten.", so die Radio en-Reporterin Katja Sassenscheid über ihre Recherche bei Degussa.*

Lothar Grimm: Wer sich zur Zeit den nächtlichen Himmel über Degussa anschaut, wird feststellen müssen, dass von den späten Abendstunden bis in den frühen Morgen der Sondermüll in alle Kanäle entlassen wird. Getan hat sich hier rein gar nichts. Im Gegenteil, offenbar haben die Verantwortlichen die erneute Einstellung unserer Strafanzeige gegen Degussa als Freibrief genommen. Gefühlsmäßig liegt die Grenzwertüberschreitung bei 70 Prozent. Die firmeneigenen Unterlagen über diese "Schweineerei" werden aber nicht geprüft.

Was sich "getan" hat

? *Dr. Alfred Schmidt-Steffen (Degussa Werkleiter Witten) sagte im Radio folgendes: "Wir haben hier im Bereich unserer Abwasseraufbereitung Maßnahmen ergriffen, Systeme verschlossen, die vorher nur teil verschlossen betrieben wurden, wir haben Abgasführung geändert, das ist eine Vielzahl von Maßnahmen, die sich eben aufgrund des Kostenvolumens was dahinter steht, über diese 3 Jahre erstreckt."*

Lothar Grimm: "Vielzahl von Maßnahmen" ist eine reine Behauptung. Allerdings werden seit letztem Sommer von der ESW im Umfeld von Degussa alle Gullis gasdicht erneuert. Nicht, weil die Auswechslung schon notwendig ist. Höchstwahrscheinlich, um die Entsorgung über die Kanalisation zu vertuschen. Ich habe 1937 selbst erlebt, wie es zu einer unterirdischen Verpuffung aufgrund einer solchen Entsorgung gekommen ist. Von der damaligen Münzstraße bis zu den Zwölf Aposteln flogen die Gulli-

Deckel in die Luft, Häuserdächer wurden abgedeckt.

Bei der Gelegenheit möchte ich betonen, dass weder die Verantwortlichen der Degussa noch die Staatsanwaltschaft in beiden Strafanzeigeverfahren auf die bestehende **Verbrennungsanlage** von Degussa eingegangen sind.

Verbrennungsanlage heimlich stillgelegt?

? *Was ist das für eine Anlage?*

Lothar Grimm: Die Produktionsgenehmigung von 1966 wurde an den Betrieb einer Anlage geknüpft, wonach entstehende Emissionen unschädlich und geruchsneutral gemacht werden können. Das gilt auch heute noch.

1982/83 besuchte mich der damalige Betriebsleiter des Vorgängerwerks Dynamit-Nobel, Herr Dr. Osteroth über vier Stunden in meiner Wohnung. Er betonte am Schluss: *"In dieser Gegend möchte ich nicht wohnen"* und stellte fest: *"Was ich heute morgen an Geruchsbelästigungen hier zur Kenntnis genommen habe, ist reine Willkür."*

Von seinem Besuch an bis zu seiner Pensionierung war denn auch keine Beschwerde mehr nötig. Auch das hat die Staatsanwaltschaft völlig ignoriert.

? *Warum wird diese Anlage ignoriert und offensichtlich ausgeschaltet?*

Lothar Grimm: Anscheinend rechnet sich die Anlage nicht mit den Kosten für Wasser, Strom und Gasverbrauch, ein anderer Grund ist schwer vorstellbar. Dabei wirft die Firma stolze Gewinne ab. Bei einer Betriebsversammlung sprach der Vorgänger des jetzigen Betriebsleiters nach einem Bericht der WR von einem *"nicht unerheblichen Gewinn von (damals noch) 30 bis 40 Millionen DM"*. Gleich am nächsten Morgen stellte ich ihn telefonisch zur Rede, davon gehörten 20 Millionen der Wittener Bevölkerung, deren Gesundheit ja in unverantwortlicher Weise geschädigt wird.



Degussa-Chemie in China

Mehr als 1000 Mitarbeiter sind derzeit in Marl sowie den Standorten Darmstadt, Witten, Lenzing (Österreich), Magnolia (USA), Aboshi (Japan) und Changchun (China) tätig. Der Bereich verfügt darüber hinaus über ein weltweites Vertriebsnetz mit den Zentren Marl, Shanghai und Parsippany. Im Jahr 2006 erzielte der Lack- und Klebepolyesterhersteller einen Umsatz von 426 Mio. Euro.

Kunststoffforum vom 01.08.2007

Gesundheitsgefahren

? *Laut Umweltamt, Kreis und Stadt sei der Gestank nicht gesundheitsschädlich.*

Lothar Grimm: Dieses "Argument" ist der Hauptgrund für die Staatsanwaltschaft, die Ermittlungen einzustellen. Die Tatsachen sind jedoch andere. Es gibt z.B. Atteste von drei Kindern, die mit Gesundheitsstörungen auf den Gestank reagierten mit zeitweiliger Schulunfähigkeit.

Ich selbst habe mich einer Untersuchung im *Berufsgenossenschaftlichen Forschungsinstitut für Arbeitsmedizin* (Institut der Ruhruniversität Bochum) unterzogen:

Diagnose: *Unverträglichkeit von Emissionen der chemischen Industrie.*

Beurteilung: *Geruchsbelästigungen durch die Chemieunternehmen im Umfeld des Wohnorts des Patienten sind mir bekannt. Ich habe Herrn G. geraten, die rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen, bei Versagen letzterer einen Wohnungswechsel anzustreben. Jeder weitere Kommentar überflüssig!*

? *Die Initiative gibt also nicht klein bei?*

Lothar Grimm: *Auf gar keinen Fall! Bei uns kann und sollte jeder mitmachen!*

Chemieopfer müssen um ihre Rechte kämpfen

von Peter Spyrka, Mitglied in *AUF Witten* und Opfer von HP Pelzer Chemie

Ich bin einer von vielen Beschäftigten der Firma HP Pelzer Chemie, die wegen Vergiftung am Arbeitsplatz schwere gesundheitliche Schäden davongetragen haben. Mir sind 32 verstorbene Kollegen bekannt, die größtenteils an Krebs gestorben sind.

Kein Einzelschicksal

In meiner Klage aus dem Jahr 2006 vor dem Sozialgericht Dortmund gegen die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie führe ich bis heute unwidersprochen aus:

"Alle hatten sie Kenntnis von den skandalösen Zuständen und menschenverachtenden Arbeitsbedingungen, ohne etwas dagegen zu unternehmen: Angefangen vom Inhaber Helmut Pelzer, dann der arbeitsmedizinische Dienst der Berufsgenossenschaft der Chemischen Industrie (BG), die Gewerkschaftsvertreter der IGBCE, der Betriebsrat und die Beamten der Berufsgenossenschaft Köln. **Sie waren quasi alle Mitarbeiter der Firma HP-Pelzer. ...**



Folgenden Giften war ich ausgesetzt: **Cyanid, Phosgen, Dioxin, Ammoniak, Methylenchlorid, Dichlormethan:** die Liste ist lang und die BG wurde immer wieder informiert über die Giftbelastung, über erkrankte Arbeiter und über ungewöhnliche Häufungen von Todesfällen. ...

Es besteht also unabhängig von meiner konkreten Eingabe ein allgemein

öffentliches und grundrechtlich gewichtetes Interesse an einer engagierten staatsanwaltschaftlichen Aufklärung."

Gemeinsam kämpfen

Dass man alleine keine Chance hat, sieht man auch daran, dass ich schon seit elf Jahren gegen die Berufsgenossenschaft der chemischen Industrie und die Landesversicherungsanstalt prozessiere. Ich habe mich Mitte der 90er auch an die Ortsverbände der CDU,

An den ehemaligen "Super"-Minister Clement (SPD):

Wer wie Clement, Vergiftungsopfer wie mich als "Schmarotzer" bezeichnet, den bezeichne ich als "Verbrecher"

P.S.

der Grünen und der WBG in Witten gewandt. Seit zweieinhalb Jahren liegt schon eine Eingabe von mir beim Petitionsausschuss des deutschen Bundestages. 2006 haben sich sogar TV-Journalisten vom WDR für meinen Fall interessiert und umfangreich recherchiert.

Passiert ist bis heute nichts! Ich bin zwar arbeitsunfähig, erhalte aber weder Arbeitslosengeld, noch Rente, noch Sozialgeld.

Das hat System

Es ist sehr unwahrscheinlich, dass der Arbeitsschutz nur bei der Firma Pelzer versagt haben soll. Vielmehr muss man davon ausgehen, dass es auch in den anderen Wittener Chemiefirmen Opfer gibt.

Offensichtlich haben wir es mit einem – politisch gewollten – System zu tun: es wird vertuscht und nur das gemacht, was die Industrie diktiert.



Solikreis nötig

Ich möchte alle Geschädigten aus dem Bereich der Wittener Chemieindustrie, ob Krebs Erkrankte, Hinterbliebene, Arbeitsunfähige, chronisch Kranke, dazu ermuntern, sich zusammenzuschließen und um ihre Rechte gemeinsam zu kämpfen. Wer sich nicht wehrt, hat schon verloren.

Als ersten Schritt schlage ich die Gründung eines Solidaritätskreises vor. Vom überparteilichen Personenwahlbündnis *AUF Witten* habe ich die Zusage, dass ein solcher Solikreis unterstützt wird.

Die politische Situation, zwei Jahre vor der nächsten Kommunalwahl, halte ich für sehr günstig, um im Interesse der Betroffenen Druck aufzubauen und erfolgreich zu sein.

Herzliche Grüße

Ihr

Peter Spyrka

Interessenten am Solikreis wenden sich bitte an

AUF Witten:

**Romeo Frey,
Bebelsdorf 43
58454 Witten**

Tel. 02302/81953

info@auf-witten.de

Beim KiBiz bleiben Kinder auf der Strecke (von Peter Frey)



Viktoria Stein – Tagesstätte Heven

Zum August 2008 tritt das neue Kinder Bildungsgesetz (KiBiz) in Kraft. Nach landesweiten Protesten der Eltern, Kinder und Träger wurde es überarbeitet. Wir sprachen mit Viktoria Stein, Leitung der Kindertageseinrichtung der AWO in Heven darüber, welche Auswirkungen das neue Gesetz haben wird und ob der vielgerühmte „Kompromiss“ tatsächlich hält, was er verspricht.

Mogelpackung KiBiz

Das neue KiBiz wird uns von der Landesregierung vor allem mit zwei Argumenten schmackhaft gemacht:

Es soll eine Betreuung auch der unter Dreijährigen geben, die Kinder sollen individuell gefördert werden. Des weiteren verspricht das Land eine erhöhte Flexibilität für die Eltern.

Frau Stein berichtet, wie es wirklich aussieht: „Die versprochene Flexibilität gibt es nicht! Heute können Eltern die Zeiten flexibel nutzen, zum Beispiel Montags bis Mittwochs je drei Stunden, Donnerstags und Freitags wegen Berufstätigkeit dann je acht Stunden. Das sind zusammen 25 Stunden in der Woche. Das wird nach dem neuen Gesetz nicht mehr möglich sein.“

Die Krux liegt in der Berechnung der Planstellen. Die Tageseinrichtung Heven hat zur Zeit vier Gruppen, die von jeweils zwei Erzieherinnen betreut werden. Hinzu kommt die Leitung, so dass in der Einrichtung neun Vollzeitstellen ständig besetzt sind. Da ist es kein Problem, wenn ein Kind mal an einem Tag ein paar Stunden länger bleiben soll.

Künftig wird anhand der „Kindpauschalen“ berechnet, wie viel Geld den Einrichtungen zusteht – sprich wie viele Erzieherinnen bezahlt werden können.

„Wenn Eltern 25 Stunden buchen, bekomme ich für die Erzieherin 27,5 Stunden bezahlt. Das heißt, sie kann jeden Tag 15 Minuten bevor die Kinder kommen anfangen und anschließend 15 Minuten aufräumen. Das war's. Ich weiß nicht, wie ich damit Aktivitäten, wie zum Beispiel einen Laternenumzug durchführen soll, ganz zu schweigen von der alltäglichen notwendigen Vorbereitung.“

Da bleibt weder Zeit für Bildungsdokumentationen, sich neue Lieder auszudenken oder einfach mal die Gardinen zu waschen.

Bildung Fehlanzeige

Auf die Frage, wie denn die Frühförderung der Kinder im neuen Gesetz geregelt sei, antwortet Frau Stein: „Der Begriff ‚Bildung‘ taucht in der ursprünglichen Fassung des Gesetzes nur ein einziges Mal auf, nämlich in der Überschrift. In der Überarbeitung gibt es immerhin den §13 ‚Grundsätze der Erziehungs- und Bildungsarbeit‘. Dieser ersetzt die Bildungsvereinbarung NRW – eine ganze Broschüre mit Lehrplänen und Leitfäden, wie die Kinder allseitig gefördert werden sollen. Hier war alles berücksichtigt, vom sprachlichen und musischen Bereich bis zur Technik, Umwelt und Natur.“ Frau Stein zeigt mir den Paragraphen, der nur wenige Absätze lang ist.

Sie berichtet über viele Nachmittagsangebote in der Tagesstätte, die gerade auch jungen Eltern bei der Erziehung ihrer Kinder helfen, zum Beispiel Kochen für Väter, Deutsch für russische Eltern oder einfach nur ein erweitertes Betreuungsangebot. Nach dem neuen Gesetz können maximal 45 Stunden pro Woche gebucht werden. Für alles was darüber hinausgeht, müssen die Eltern privat Tagesmütter einstellen. Die Kindergärten sind dann verpflichtet, ihre Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, während die eigenen Angestellten gezwungen sind, Teilzeitverträge abzuschließen oder ganz gekündigt werden.

Zukunft ungewiss

Es bleibt die Frage, ob denn wenigstens die schlimmsten Befürchtungen durch die Überarbeitung des Gesetzes berichtigt werden konnten. Doch das Gegenteil ist der Fall. Es wird keine Planungssicherheit für die Träger geben. Für die Angestellten heißt das befristete Jahresverträge und Kündigungen. Bis zur Vergabe der Plätze für nächsten Sommer, die zum 15. Februar abgeschlossen sein wird, ist noch alles offen.

„Für die Eltern wird es mit Sicherheit teurer, davon gehen wir aus,“ so Frau Stein auf die Frage nach den Elternbeiträgen. Die Stadt stehe unter Haushaltsaufsicht.



Die Revisionsklausel, nach der das Gesetz nach drei Jahren auf seine Tauglichkeit überprüft werden soll, sei eine Farce. „In drei Jahren haben wir ganz andere Eltern, die kennen dann den Zustand von heute gar nicht mehr. Die Erzieherinnen sind dann gekündigt oder haben sich was anderes gesucht.“

Nulltarif nötig

Frau Stein: „Eigentlich müsste die Kinderbetreuung kostenlos sein. Es ist ja nicht so, dass nur die Eltern was davon haben. Es heißt ja: ‚Was Händchen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr.‘ Das stimmt zwar nicht so absolut, aber wir legen im Kindergarten den Grundstein. Davon hängt ab, wie sich die Kinder in der Schule verhalten, und später im Arbeitsleben. Davon profitiert die ganze Gesellschaft.“

Stadtwerkekrise

Probleme kann man niemals mit derselben Denkweise lösen, durch die sie entstanden sind

(Albert Einstein)

Nach der Veröffentlichung in unserer letzten Ausgabe kann es niemand mehr bestreiten: den Stadtwerken Witten GmbH droht ein drastischer Gewinneinbruch, laut Gutachten für 2009 ein Minus von ca. 1 Mio. €. Das zwingt nun die Stadt Witten bei ihrer katastrophalen Haushaltslage zum kurzfristigen Handeln: Teilverkauf, Übernahme oder Fusion?

Doch nach wie vor werden die Verhandlungen im kleinen, ausgesuchten Kreis äußerst geheim am Rat der Stadt Witten vorbei geführt. Schon bei den Schließungen von Stadtbad und Durchholzer Grundschule ist diese undemokratische Geheimdiplomatie negativ aufgefallen, der Wille und die Interessen der Betroffenen sowie derer, die sich mit ihnen solidarisierten, wurden mit Füßen getreten.

Null Information

Die Stadtwerke sind zu 100 Prozent ein städtisches Unternehmen. Dennoch wurden Ratsmitglied Achim Czulwick (*AUF Witten*) unter Hinweis auf die Zuständigkeit des Aufsichtsrats der Stadtwerke wichtige Informationen verweigert, obwohl sie die Allgemeinheit betreffen. Und zwar von Bürgermeisterin Sonja Leidemann, die als Vertreterin des Rates im Aufsichtsrat der Stadtwerke sitzt.

Zu erwarten wäre, dass bei einer solch dramatischen wirtschaftlichen Talfahrt die Ursachen genauestens analysiert und die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen würden. Doch es wird noch nicht einmal überlegt, wieso vergleichbare Stadtwerke besser dastehen und günstigere Versorgungspreise anbieten können.

Jugend spielt keine Rolle

Blauäugig wird ein angeblich riesiges Interesse von Unternehmen an einer Beteiligung bzw. Übernahme der maroden Stadtwerke Witten und die Sicherung der Arbeitsplätze herausgestellt. Die Zusicherung, momentane Arbeitsplätze seien sicher, kann man glauben oder nicht. Sicher ist aber, dass schon jetzt über aufwendige Altersteilzeitverträge in den nächsten Jahren ca. 70 weitere Arbeitsplätze auf Kosten der Allgemeinheit abgebaut werden. Von den früher praktizierten Verabschiedungen in den vorzeitigen

Ruhestand mit "versilbertem Handschlag" ganz zu schweigen.

Dabei wird völlig verdrängt, dass für junge Menschen in unserer Stadt solche Arbeitsplätze zukünftig verloren gehen.

Günstige Versorgung notwendig

Der ständige Anstieg der so genannten Miet-Nebenkosten hat die Grenze des Erträglichen bereits überschritten, weitere Erhöhungen wären für viele Menschen Existenz bedrohend, etliche kommen heute schon nicht mehr klar damit. Kommunale Stadtwerke sind in der Lage, ein faires, preisgünstiges und qualitativ hoch stehendes Versorgungsangebot zu liefern ganz im Gegensatz zu privaten Anbietern. Das Ziel privater Investoren ist es, Profit zu machen.

Die Stadtwerke können ihre Aufgabe und zgedachte Rolle aber nicht erfüllen mit der bisherigen Denkweise, die an vielen Einzelbeispielen sichtbar wird. (Siehe Infokasten S. 9).

Widerstand gegen Privatisierung

Die Ursachen müssen auf den Tisch, um Fehlentwicklungen korrigieren zu können. Auf keinen Fall darf es laufen, wie es so oft passiert, dass die kleinen Beschäftigten mit Entlassungen und höherer Arbeitsleistung bestraft wer-



den und die Allgemeinheit die Zeche zahlen soll, die Profiteure aber ungestraft davon kommen.

Für eine günstige Versorgung durch die Stadtwerke – dafür steht *AUF Witten* im Rat der Stadt. Realisierbar ist das nur im Zusammenhang mit einem echten Widerstand gegen die Privatisierung und den Ausverkauf städtischen Eigentums an Finanzhaie. Dafür werden wir uns tatkräftig einbringen.

AUF Witten ist gegen die Privatisierung, weil das eine Methode ist, Privaten Kapitaleignern krisenfesten und profitablen Anlagemöglichkeiten für ihr Kapital zu geben – auf Kosten der Interessen der Verbraucher.

AUF Witten fordert Offenheit und Transparenz, damit die Fakten ungeschminkt auf den Tisch kommen.

AUF Witten ist für einen eisernen Besen, es darf keine Nischen für Privilegien und Geldverschwendung bzw. Korruption auf Kosten der Allgemeinheit geben, der Aufsichtsrat muss endlich seine Aufgaben erfüllen und eine tatsächliche objektive Kontrolle verwirklichen.

Marode Stadtwerke:

Wer die Krankheit heilen will, muss die Ursachen kennen

Mitte Dezember 1992 scheidet unter ungeklärten Umständen der Technische Geschäftsführer der Stadtwerke plötzlich aus, obwohl kurz vorher sein Vertrag noch verlängert worden war.

Der zum 01.01.1993 lediglich als neuer Kaufmännischer Geschäftsführer Eingestellte wird so alleiniger Geschäftsführer.

Er ist im wesentlichen für die Personalentwicklung verantwortlich, die heute zu Buche schlägt.

Er will erklärtermaßen sparen, vor allem durch eine 10%-ige Einsparung der 1993 vorhandenen 320 Mitarbeiter, nicht aber in der Chefetage.

Mitte 1994 wird der damalige Personalleiter zum 5. Prokuristen berufen, dazu entsprechende Gehaltserhöhung und Dienstfahrzeug mit privater Nutzung.

2001 verfügten die Stadtwerke trotz erheblichem Personalabgang über Frühverrentung zu Lasten der Allgemeinheit noch über ca. 310 Mitarbeiter. Laut Aussage früherer Mitarbeiter wurden sie, als sie altersbedingt auschieden, unter Missachtung von Qua-

lifikationsanforderungen durch Personen ersetzt, die nach *anderen Kriterien* ausgesucht wurden. Sie kritisieren, dass nicht explizit Mitarbeiter gesucht wurden, die sich fachlich für die sich bereits Mitte der 90er Jahre abzeichnenden Veränderungen auf dem Energiemarkt besonders qualifiziert hatten.

Der Technische Leiter bei den Stadtwerken erhält ohne entsprechende Voraussetzung angelehnt an die Beamtenvergütung B 4 rund ca. 6.800 € monatlich einschließlich Übernahme der Rentenversicherungsbeiträge durch die Stadtwerke nach den Richtlinien des Beamtenversorgungs-Gesetzes sowie einen Dienstwagen mit privater Nutzung.

Der Leiter des Kaufmännischen Bereiches erhält ebenfalls Vergütung und Leistungen nach Beamtengesetz. Mit Nebeneinkünften erreicht er ein Jahresgehalt von ca. 115.000 € entsprechend einem Hochschulabsolventen, der er nicht ist. Trotz Entzug der Zuständigkeit über das Personalwesen der Stadtwerke wird sein Gehalt nicht reduziert.

Es gibt einfache Sachbearbeiter mit Jahreseinkommen von ca. 60.000 €.

sowie Mitarbeiter mit einfacher kaufmännischer Ausbildung mit Jahreseinkommen von ca. 56.000 € bzw. 65.000 €.

Es besteht der begründete Verdacht, dass solche durch laufende Höhergruppierungen erzielten hohen Gehälter nicht ohne Gegenleistung bezahlt werden und im Zusammenhang stehen mit politischen Funktionen, der Mitgliedschaft im Aufsichtsrat der Stadtwerke und der Mitgliedschaft in Parteien.

Solche beispielhaft gezeigten völlig unangemessenen Gehälter blähen den Personalkostenaufwand auf, obwohl die Geschäftstätigkeit der Stadtwerke im Vergleich zu anderen wesentlich weniger erfolgreich ist und schon mit den Verbundpartnern Bochum und Herne nicht konkurrieren kann.

Das belastet die Bilanz der Stadtwerke und treibt somit die Kalkulation der Energie- und Wassertarifpreise hoch!

Wohlgemerkt, hier ist nicht die Masse der bei den Stadtwerken Beschäftigten gemeint.



Das „Stadtwerke-Ei“

Echo aus der Nachbarschaft

In der letzten Ausgabe von *Witten im AUFbruch* forderte *AUF Witten*: **kein Ausstieg aus der ewmr**, dem Energieverbund der Stadtwerke Witten mit Bochum und Herne. Das stieß auf Interesse der Sozialen Liste in Bochum. Sie gab dazu folgende Pressemitteilung heraus:

Kooperation statt Privatisierung!

Die "bedrohliche wirtschaftliche und strukturelle Schieflage" in der sich offensichtlich die Stadtwerke Witten befinden muss im Interesse der betroffenen Bürgerinnen und Bürger behoben werden.

"Vor allem", so fordert Günter Gleising, Gruppensprecher der Sozialen Liste im Rat der Stadt Bochum, "darf vor dem Hintergrund der Änderung der Gemeindeordnung (§ 107, wirtschaftliche Betätigung) keine Privatisierung erfolgen".

Unter Berücksichtigung der jahrzehntelangen Zusammenarbeit, zunächst im Bochumer Osten,

dann über die gemeinsame ewmr (Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet GmbH) ist auch für Bochum die Entwicklung in Witten von Bedeutung.

"Von daher ist es durchaus im Interesse der Bürgerinnen und Bürger beider Städte, die Kooperation der beiden Stadtwerke zu erweitern. Auch ist zur Erhaltung des kommunalen Eigentums ein gleichberechtigter Zusammenschluss einer Privatisierung vorzuziehen", so Günter Gleising.

Eine weitgehende Kooperation oder sogar Zusammenschluss beider Stadtwerke könnte aus Sicht der Sozialen Liste zur Erfüllung ihrer Hauptaufgabe beitragen, Energie,

Wasser und Dienstleistungen zu einem fairen und günstigen Preis zur Verfügung zu stellen.

Soweit die Soziale Liste. Das Kernanliegen, im Interesse der Bürger günstig Energie und Wasser zu fairen Bedingungen zur Verfügung zu stellen, deckt sich mit der von *AUF Witten* verfolgten Politik.

Von daher dürften sich in Zukunft auch andere Politikfelder finden, auf denen eine Zusammenarbeit mit der Sozialen Liste im Interesse der Bochumer und Wittener Bürger ist.



Günter Gleising

Was ist die soziale Liste Bochum? eine Selbstdarstellung

Mitglieder aus verschiedenen Bochumer Bürgerinitiativen, Arbeitslosengruppen, dem Frauenverband Courage, der DKP, PDS, von attac und ehemalige Sozialdemokraten und Grüne gründeten am 15. Januar 2005 die parteiunabhängige Wählervereinigung Soziale Liste Bochum. Dieses links-alternative Wahlbündnis gehörte im Sommer 2005 auch zu den Initiatoren der Bochumer Montagsdemo, entwickelte zahlreiche kommunalpolitische Aktivitäten und Forderungen und schaffte aus dem Stand mit 2,8 % ein beachtliches Ergebnis bei der Kommunalwahl. Seither sorgen die zwei Ratsmitglieder und drei Bezirksvertreter der Sozialen Liste mit Anträgen, Anfragen

und Redebeiträgen dafür, dass die Themen wie Armut, Arbeitsplatzabbau, Missstände bei der ARGE, Kritik an Prestigeobjekten, Umweltschutz, Erhöhung der Gewerbesteuer, Gründung einer kommunalen Beschäftigungsgesellschaft und vieles mehr in die kommunalen Vertretungen eingebracht werden. Gleichzeitig sind Mitglieder der Sozialen Liste weiterhin in der Bochumer Montagsdemo, der DGB-Aktion gegen Kinderarmut und dem Bündnis gegen Rechts aktiv.

Zur Zeit ist die Soziale Liste vor allem aktiv für die Erhöhung des Regelsatzes

Mehr Infos: <http://bo-alternativ.de/category/gruppen/soziale-Liste>.

beim ALG II, die Schaffung eines Sozialtickets für den Nahverkehr und für Verbesserungen beim „Bochum-Pass“.

Dass seit einem Jahr die Energiepreise in Bochum stabil sind, sehen wir auch als einen Erfolg von zahlreichen von uns mitgetragenen Protestaktionen im vergangenen Jahr. Unser größter Erfolg war bisher die Verhinderung der Bewerbung der Stadt Bochum für die Bundesgartenschau, die ein großes Naherholungsgebiet durch hohe Eintrittsgelder „privatisiert“ hätte.

Montagsdemo-Bewegung in Berlin

Bericht von Renate Dietze – Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Ja, wir waren wieder in Berlin! Zum vierten Mal fand die große, deutschlandweite Montags-Demo statt. Sehr viele Organisationen und Vereinigungen demonstrierten gegen die unsoziale Politik der Regierung.

Nur gemeinsam sind wir stark!

Diese Weisheit ist uralte, rückt nun wieder ins Bewusstsein. Wir alle haben ein gemeinsames Ziel und bündeln unsere Energie im Kampf um Gerechtigkeit für alle.

Diese Kraft konnten wir erleben an den unzähligen Spruchtafeln, die in ihrer Vielfalt und Originalität so manchen

Passanten spontan in die Reihen zog. Und sie wuchs im Meinungsaustausch mit den Teilnehmern von Schwerin bis Stuttgart, von Duisburg bis Bautzen.

Ob beim Start am Alexanderplatz, während des Protestmarsches und besonders stark bei der Kundgebung vorm Brandenburger Tor, wo unter vielen Anderen auch Pfarrer Führmann aus Leipzig zur Solidarität mahnte. Die Aussage war deutlich: „**Wir sind das**

Volk!“

Wir sind immer mehr ein Volk – und

Volk **kann denken**, hat das „*Es ist kein Geld da*“-Gefasel lange durchschaut. Alles Lüge und Betrug!

Also: Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!

Das tun wir, jeden Montag um 17 Uhr. Und nächstes Jahr wieder in Berlin!



Montagsdemo: eine Bilanz

von Ulrich Wagner, Mitglied im Vorstand von *AUF Witten*

Nicht nur in Witten wird seit über drei Jahren jeden Montag demonstriert, sondern in über 120 weiteren Städten in ganz Deutschland. Die Montagsdembewegung hat dabei immer nachgewiesen, dass die Propaganda von der Regierung in keinem Stück mit den Taten übereinstimmt.

"Ich kratz' für euch die Hundescheiße direkt vom Bürgersteig, denn für einen Euro, da mach' ich jeden Scheiß – Gebt mir 'nen Euro und ich tu's."

Der 1-Euro-Job-Blues ist einer der Höhepunkte der Montagsdemo. Die Bevölkerung ist davon richtig angegan, denn kein anderes Lied bringt die Politik von Schröders „Agenda 2010“ so gut auf den Punkt, wie dieses.

Die Bremer Montagsdemo hatte in diesem Jahr ein besonderes Highlight, als der Bundespräsident nach Aufforderung am offenen Mikrofon – ein Markenzeichen der Montagsdemo – gesprochen hat. Er sagte dort u.a., dass er es gut finde, was dort diskutiert werde und dies Anlass sei, über Verbesserungen zu sprechen. Ebenso würde aber auch in Ausschüssen und bei anderen Treffen gekämpft. Stellt sich nur die Frage: Für wen?

Leiharbeit = Lohndumping

Die Ende Oktober präsentierten offiziellen Arbeitslosenzahlen scheinen Anlass zur Hoffnung zu geben, weil sie den niedrigsten Stand seit zwölf Jahren

haben. Die Leiharbeit spielt dabei eine große Rolle. Leiharbeit ist aber nichts anderes, als dass man dieselbe Arbeit für einen erheblich geringeren Lohn macht.

10 € gesetzlicher Mindestlohn!

Gegen einen Mindestlohn scheint auch die Regierung nichts zu haben. Vorschläge von 6 € und 7,50 € sind dabei die gängigsten. Aber das ist nichts anderes als Sozialhilfeniveau. Wir brauchen Vollzeit Arbeitsplätze und das bei 10 € Mindestlohn! Die 30 Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich ist da das richtige Mittel, was auch voll finanzierbar ist!

Hartzter Käse

Das Hartz IV-Gesetz ist eins, dass sich direkt in den Kommunen niederschlägt und alleine in Witten 4 Mio. € zusätzliche Kosten verursacht. Immer mehr Kommunen stehen unter Haushaltsaufsicht und können so kaum noch etwas für die Menschen tun und ihre Schulden abbauen. Der Wittener Stadtrat hat bisher immer noch nicht dieses Thema

auf die Tagesordnung gesetzt, trotz mehrfacher Anfragen von Ratsmitglied Achim Czylwick (*AUF Witten*). Begründet wurde das damit, dass es ein Gesetz von der Regierung sei und nur kommunale Themen im Stadtrat diskutiert werden könnten. Wenn Hartz IV nicht kommunal sein soll, was dann?

Die Montagsdemo ist heute ein nicht mehr wegzudenkendes Forum für alle Menschen in Witten und Deutschland geworden. Sie hat wesentlich dazu beigetragen, dass die verschiedenen Regierungen immer weniger Zustimmung in der Bevölkerung haben und hektisch versuchen, mit Kosmetik an Hartz IV aus ihrer Krise zu gelangen. Das wird ihnen aber nicht gelingen.

Die Montagsdemo wird so lange weiter gehen, bis Hartz IV vom Tisch ist und dazu brauchen wir SIE, denn:

**Wir können nur etwas verändern,
wenn wir uns selbst verändern!**



4. bundesweite Montagsdemo
Berlin, 13.10.2007



AUFhorchen! von Gregor Duve, 66 Jahre

Seit langer Zeit wird die Praktik der interfraktionellen Runden im Witterner Stadtrat gepflegt, wo hinter verschlossenen Türen unter Ausschluss der Öffentlichkeit und fraktionsloser Ratsmitglieder über die Interessen der Wittener Bürger entschieden wird, und das ohne deren Einvernehmen.

Dies ist eine Vorgehensweise, welche sich in jeder Hinsicht gegen die demokratischen Grundrechte der Menschen richtet. Eine Vorgehensweise, welche die beteiligten Parteien im Wahlkampf und auch in ihrer eigenen Öffentlichkeitsarbeit vehement ablehnen, bekämpfen, und auch von sich weisen würden.

Dies geschieht im Sinne der interfraktionellen Entscheidungsträger zur Wahrung ihrer Anonymität, aber auch um ihre Glaubwürdigkeit nicht in Frage zu stellen.

Eine solche Vorgehensweise ist eine gängige, praktizierte Art von Verwaltungen und Ratsfraktionen, so auch in unserer Stadt.

Vor allem wenn es sich dabei um Privatisierung öffentlicher Einrichtungen, Ausverkauf von öffentlichen Immobilien, Schulen, Jugendeinrichtungen, Kultur- und Sportstätten handelt, oder auch um unrechtmäßige Handlungen und Entscheidungen gegen volkswirtschaftliche Interessen. **Damit wird**

aber auch gezeigt, wer in unserer Stadt das Sagen hat. Schon in den 60er Jahren habe ich als aktiver Jungsozialist in einer größeren Stadt in der Gemeinschaft der Jusos gegen solche Praktiken gekämpft, wobei es uns weitgehend gelungen ist, interfraktionelle Praktiken erfolgreich zu verhindern.

Wir waren uns alle darüber einig, dass solche Entscheidungen ein unrechtmäßiges, unseriöses, undemokratisches und unwürdiges Verhalten gegenüber den Menschen darstellt und dem demokratischen Gedanken in jeglicher Art und Weise widerspricht.

AUF Witten wird sich von interfraktionellen Entscheidungen weiterhin vehement distanzieren. Unser Standpunkt ist, offen alle Entscheidungen im Sinne der Menschen und mit den Menschen zu erarbeiten und umzusetzen.

Das kann aber nur gelingen, wenn alle in unserer Stadt lebenden Menschen, jung und alt, aktiv daran mitarbeiten



und versuchen sich mit uns zusammen im Gedanken "Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern" für eine gerechte und demokratische Bürgermitentscheidung einzusetzen.

AUFhorchen! Damit alle Menschen in unserer Stadt, die mit diesen Praktiken nicht mehr einverstanden sind, selbst aktiv werden können und die Kommunalpolitik aktiv mitgestalten.

Wir sollten der Verwaltung und dem Rat aufzeigen, dass sie die Pflicht haben, Entscheidungen im Sinne von und im Einvernehmen mit den Bürgern und Bürgerinnen zu treffen. **Nur aus diesem Grund wurden sie gewählt.**

► Die nächsten Termine von *AUF Witten* – kommen Sie doch mit dazu! ◀

Samstag, 24. November 2007: 11 bis 13 Uhr
Infostand in Annen, Annenstraße 133 vor Durchgang zu Real

Sonntag, 25. November 2007: 11 – 14 Uhr
Öffentliche Jahreshauptversammlung
Hotel Specht, Westfalenstr. 104, Witten-Annen

Samstag, 08. Dezember 2007: ab 18:30 Uhr
Jahresabschlussfest
Martin-Luther-Kirchengemeinde, Raum 2, Ardeystr. 138

Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail info@auf-witten.de

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: www.auf-witten.de